

**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

Wirtschaftskalender

3. Vierteljahr 1964



VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
1. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung . . .	3
3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 3. Vierteljahr 1964	4

Erschienen im März 1965

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,50

Wirtschaftskalender für das 3. Vierteljahr 1961

1. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage

Monat	Kalender- tage	Werktage			Sonn- und Feiertage ¹⁾³⁾
		insgesamt ¹⁾	darunter		
			Lohnzahlungs- tage	Sonnabende ²⁾	
Juli	31	27	5	4	4
August	31	26 (25)	4	5	5 (6)
September	30	26	4	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (76)	13	13	13 (14)

- 1) Eingeklammerte Zahlen für das Saarland und die bayerischen Gebiete, wo Mariä Himmelfahrt (15. August) gesetzlicher Feiertag ist.
- 2) Sonnabende zu den Werktagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird; bei der Berechnung des arbeitstäglichen Produktionsindex (Industrie) der Sonnabend derzeit als 0,2 Arbeitstag eingesetzt.
- 3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertage in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlags- menge	Sonnenschein- dauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Juli	+0,1 bis +2,6 ¹⁾	5 bis 55 ²⁾	120 bis 150 ³⁾	Im weitaus größten Teil des Bundesgebietes, besonders im Südwesten, zu warm, sehr trocken und sonnenscheinreich
August	-1,2 bis -0,1 ⁴⁾	40 bis 100 ⁵⁾	80 bis 100	Im größten Teil des Bundesgebietes zu trocken und etwas zu kalt bei starken Schwankungen zwischen heißen und kühleren Perioden
September	-0,8 bis +1,1	45 bis 110 ⁶⁾	100 bis 125 ⁷⁾	Bei wiederholtem, ziemlich schroffem Wechsel zwischen warmer und kühler Witterung und bei oft kalten Nächten verbreitet etwas wärmer als normal, gebietsweise, besonders im Norden, etwas zu naß, nach Süden hin zunehmend zu trocken

- 1) Küstengebiet -1,5° bis -0,5° C.
- 2) Norden und Nordwesten 25 % bis 70 %, Schleswig-Holstein 55 % bis 126 %.
- 3) Norden und Nordwesten 105 % bis 132 %, Schleswig-Holstein 71 % bis 97 %.
- 4) Südwesten +0,1° bis +0,2° C.
- 5) Größere Teile Niedersachsens und des Südens 100 % bis 175 %.
- 6) Schleswig-Holstein 80 % bis 140 %.
- 7) Schleswig-Holstein 95 % bis 108 %.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
		Juli
1	1. Juli	<u>Arbeitszeitverkürzung</u> für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte auf 41 Wochenstunden in der Schuhindustrie im Bundesgebiet, auf 42 Wochenstunden in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet
2		<u>Löhne und Gehälter</u> in der chemischen Industrie erhöht: Löhne in Hessen um 22 bis 27 Pf, in Nordrhein um 20 bis 24 Pf je Stunde, in Württemberg-Baden ab 1. August 1964 um durchschnittlich 8,2 %, in Westfalen ab 1. September 1964 um durchschnittlich 8,3 %; Gehälter in Hessen um 8,5 %, in Nordrhein um 7,5 %, in Württemberg-Baden ab 1. August 1964 um 8,2 %, in Westfalen ab 1. September 1964 um 8,3 %
3		<u>Löhne</u> in der Bekleidungsindustrie in Nordrhein um 18 Pf je Stunde erhöht
4		Inkrafttreten der autonomen <u>konjunkturpolitischen Zollsenkungen</u> . 1. Auf dem gewerblichen Sektor des Deutschen Zollltarifs a) die derzeitigen Binnen-Zollsätze um 50 %, jedoch für 43 Tarifnummern (u.a. bestimmte Textil-, Leder- und Papierwaren) um 25 % gesenkt, b) die rund 320 über den Sätzen des Gemeinsamen Zollltarifs liegenden Außen-Zollsätze auf dessen Niveau herabgesetzt; dadurch weitere Senkung von Binnen-Zollsätzen in 38 Fällen erforderlich geworden. 2. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor des Deutschen Zollltarifs in rund 220 ausgewählten Fällen Außen-Zollsätze bis um 3 Punkte gesenkt; 26 Binnen-Zollsätze um etwa ein Drittel und 5 Binnen-Zollsätze auf den niedrigeren Außen-Zollsatz herabgesetzt. (69. und 72. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1963 - konjunkturpolitische Zollsenkung -. Vom 15. Juli 1964)
5		Die <u>Schwellenpreise</u> von Getreide und Getreideerzeugnissen für die Monate Juli 1964 bis Juni 1965 festgelegt. Für Weich- und Hartweizen sowie für Roggen gegenüber dem Vorjahr unverändert, für Gerste, Hafer und Buchweizen geringfügig höher, für Mehl und Grieß geringfügig niedriger. (Inkrafttreten der Zweiten Durchführungsverordnung Getreide 1964 vom 26. Juni 1964)

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
6	noch 1. Juli	<u>Frachthilfe</u> des Bundes für Beförderungen von Getreide nach rechtsverbindlich festgesetzten Tarifen bei Eisenbahn, Güterkraftverkehr und gewerblicher Binnenschifffahrt wie bisher in Höhe von 25 % der Frachtbeträge gewährt. (Inkrafttreten der Richtlinien des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Gewährung einer Frachthilfe für Getreide vom 22. Juni 1964. Außerkrafttreten der Richtlinien vom 21. Juli 1962)
7		Nach Aufnahme der Schifffahrt auf der kanalisierten Mosel von Deutscher Bundesbahn in Verbindung mit der Société Nationale de Chemins de Fer Français ab 1. Juli 1964 um 30 bis 39 % ermäßigte <u>Wettbewerbsfrachtsätze</u> für den Kohle- und Kokstransport aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen eingeführt; außerdem Mindestmengen-Verfügungen gewährt
8		Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Regelung von Ansprüchen aus <u>Lebens- und Rentenversicherungen</u> . Vom 25. Mai 1964. Bisherige Vorschriften über den <u>Stichtag des Wohnsitzes</u> zur Geltendmachung von Leistungen aus Pensions- und Rentenversicherungen aufgehoben. Jedoch Begrenzung des Anspruchs der nach dem 31. Dezember 1952 (bisheriger Stichtag) in die Bundesrepublik Deutschland Zugezogenen a) auf die nach dem 30. Juni 1963 fällig gewordenen oder fällig werdenden Renten, falls Wohnsitzvoraussetzung am 1. Juli 1964 erfüllt, b) auf die nach dem Tag der Aufenthaltsverlegung fällig werdenden Leistungen, falls Wohnsitzvoraussetzung später erfüllt
9		Stufenweise Erhöhung der <u>Zahnärzthonorare</u> der Ersatzkassen, beginnend am 1. Juli 1964, bis 1. Juli 1965 um 24,5 %
10		Abschluß von Verhandlungen über eine <u>Konsolidierung brasilianischer Handelsschulden</u> . Von den Vertretern der Hauptgläubigerländer, darunter Bundesrepublik Deutschland, beschlossen, ihren Regierungen die Refinanzierung oder Konsolidierung von 70 % der mittelfristigen, in den Jahren 1964 und 1965 fälligen Handelsschulden Brasiliens zu empfehlen
11	6. Juli	Das britische Protektorat Njassaland, Teil der Zentralafrikanischen Föderation bis zu ihrer Auflösung am 31. Dezember 1963, nunmehr unter dem Namen <u>Malawi</u> unabhängig als Monarchie unter der britischen Krone. Mitglied des Commonwealth; dem GATT als Mitglied beigetreten

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
12	7. Juli	Vom Rat der EWG drei weitere Richtlinien über die Herstellung der <u>Niederlassungsfreiheit</u> und des <u>freien Dienstleistungsverkehrs</u> in der Gemeinschaft erlassen: Beseitigung der Beschränkungen in Industrie und Handwerk, Beseitigung der Beschränkungen im Bergbau, Übergangsmaßnahmen für Industrie und Handwerk, später durch Vorschriften über die gegenseitige Anerkennung von Befähigungsnachweisen sowie über die Koordinierung der Zugangs- und Ausübungsbedingungen zu ersetzen
13	9. Juli	Vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschlossen, mit Wirkung vom 1. August 1964 a) die <u>Mindestreservesätze</u> für reservepflichtige Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber Gebietsansässigen um 10 % ihres derzeitigen Standes zu erhöhen, b) das <u>Rediskontkontingent</u> eines jeden Kreditinstituts um den Zuwachs der im Ausland aufgenommenen Kredite gegenüber dem Durchschnittsbetrag der Auslandskredite am Ende der Monate Januar bis Juni 1964 zu kürzen
14	13. Juli	<u>Lohnerhöhungen</u> in der Metallindustrie im Bundesgebiet vereinbart: ab 1. Oktober 1964 um 6 %, ab 1. Juli 1965 um 3 %, in Bayern jeweils ein Vierteljahr später
15		<u>Afghanistan</u> zur Finanzierung von Projekten seines zweiten Fünfjahrplanes von Bundesrepublik Deutschland <u>Kredit</u> von 40 Mill. DM zur Verfügung gestellt, und zwar in Ergänzung der 1962 Afghanistan gewährten Kapitalhilfe von 200 Mill. DM
16		Von Deutscher Bundesbank Satz der <u>Kurssicherungskosten</u> für Devisentermingeschäfte bei Ankauf von US-Dollar zur Anlage in amerikanischen Schatzwechseln von bisher 1/2 % auf 1/4 % jährlich herabgesetzt
17	15. Juli	Vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften Klage der niederländischen Regierung gegen die Hohe Behörde der Montan-Union auf Nichtigerklärung der Genehmigung der beiden <u>Ruhrkohlenverkaufsgesellschaften</u> abgewiesen
18	16. Juli	<u>Hilfskonsortium für Pakistan</u> bereit, Pakistan für das fünfte Jahr (1964/65) des zweiten Fünfjahrplanes 431 Mill. US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Anteil der Bundesrepublik Deutschland 38,1 Mill. US-Dollar

3. Die sich auf die Bundesstaatspolitik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
19	17. Juli	<u>Zusatzbetrag für die Einfuhren von Eiern aus dritten Ländern von 0,2 auf 0,15 Rechnungseinheiten (= 60 Pf) je kg gesenkt. (Inkrafttreten der Verordnung Nr. 85/64/EWG der Kommission vom 10. Juli 1964)</u>
20		Neue <u>deutsch-japanische Handelsvereinbarungen</u> unterzeichnet. Bundesregierung bereit, die <u>Einfuhrkontingente</u> im Jahre 1965 für Erzeugnisse aus Wolle und Chemiefasern um durchschnittlich 9 % und für keramische Erzeugnisse um durchschnittlich 25 % zu erhöhen. Japanische Regierung zu weiterem Abbau der Einfuhrbeschränkungen bei einer größeren Zahl hauptsächlich von Industrieerzeugnissen sowie zur Reduzierung der vor einigen Monaten stark erhöhten Einfuhr-Sicherheitsdepots bereit
21	22. Juli	Begebung einer <u>Anleihe der Deutschen Bundesbahn</u> von 1964 in Höhe von 250 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 15 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen ab 3. August 1964. Am 6. August voll untergebracht
22	24. Juli	Durch Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechte am <u>Festlandsockel</u> vom 24. Juli 1964 Rechtsgrundlage für eine vorläufige Befreiung vom grundsätzlichen Verbot der Erforschung und Ausbeutung des Meeresbodens geschaffen
23		<u>Abschöpfungsbetrag für Einfuhren von Eiern aus dritten Ländern für die Zeit vom 1. August bis 30. September 1964 auf 0,77 DM (bisher 0,81 DM) je kg festgesetzt. (Verordnung Nr. 96/64/EWG der Kommission vom 24. Juli 1964)</u>
24	27. Juli	Vereinbarung zwischen Bundesrepublik Deutschland und <u>Großbritannien</u> über den <u>Ausgleich des Devisenaufwandes</u> der in der Bundesrepublik stationierten britischen Truppen in den Rechnungsjahren 1964/65 und 1965/66 getroffen. Feste Beträge über den Umfang der Käufe der deutschen Regierung in Großbritannien auf dem militärischen und zivilen Sektor nicht genannt
25		Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 8. August)

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
26	28. Juli	Richtlinie der EWG-Kommission vom 28. Juli 1964 betreffend die fortschreitende <u>Beseitigung des Einfuhrkalenders für Kartoffeln</u> in der Bundesrepublik Deutschland. Ab 1965 jährliche Aufstockung der Einfuhrkontingente für Kartoffeln aus Mitgliedländern um 15 %, ausgehend von der für 1964 bereits festgelegten Einfuhrmenge, Fortfall der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkung am Ende der Übergangszeit. Ab 1967 Wegfall der jeweils in der Zeit vom 11. Juni bis 10. August bestehenden Einfuhrsperre für Kartoffeln; Einfuhr in Höhe der noch nicht erschöpften Einfuhrmöglichkeiten in jeder Jahreszeit zugelassen
27	29. Juli	Preise von Weichweizen, Roggen und Gerste für die Monate Juli 1964 bis Juni 1965 festgelegt. <u>Grundricht- und Grundinterventionspreise</u> gegenüber dem Vorjahr unverändert, abgeleitete Richt- und Interventionspreise nur vereinzelt ganz geringfügig geändert. (Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der EWG. Vom 29. Juli 1964)
28		Mit Wirkung vom 1. Januar 1964 rd. 200 Orte, Gemeindeteile sowie Anlagen und Einrichtungen für Sonderzwecke höher eingestuft. (Sechste Verordnung vom 29. Juli 1964 zur Änderung der Verordnung über die Aufstellung des <u>Ortsklassenverzeichnisses</u>)
29	30. Juli	Durch Verordnung Nr. 111/64/EWG des Rates vom 30. Juli 1964 über die <u>Gruppenbildung auf dem Gebiet der Milch und Milcherzeugnisse</u> je Gruppe ein sog. Leiterzeugnis bestimmt. Abschöpfungsbetrag für die zu einer Gruppe gehörenden Erzeugnisse grundsätzlich dem des Leiterzeugnisses entsprechend. Für Tilsiter Käse eigene Gruppe gebildet; dadurch Einhaltung der Dänemark gegebenen deutschen Einfuhrzusagen ermöglicht
30		Durch Verordnung Nr. 107/64/EWG des Rates vom 30. Juli 1964 zur Verlängerung und Erweiterung des Geltungsbereichs der Verordnung Nr. 3/63/EWG des Rates betreffend die <u>wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern mit Staatshandel in Bezug auf gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse</u> Geltungsdauer der am 1. Februar 1963 in Kraft getretenen Verordnung Nr. 3/63 bis 31. Dezember 1965 verlängert, Milch und Milcherzeugnisse, Rindfleisch sowie Reis in die Regelung über die Schätzbeträge für die Einfuhr einbezogen

3. Die sich auf die Bundesrepublik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
		August
31	1. August	<u>Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung</u> in den Kreisen mit einem rechnerischen Wohnungsdefizit von weniger als 3 % am 31. Dezember 1963. Gleichzeitig Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 14. Juli 1964, und zwar in den Kreisen ohne Wohnraumbewirtschaftung; wichtigste Bestimmung Widerspruchsrecht des Mieters gegen Kündigung
32		<u>Neuer Gütertarif der Deutschen Bundesbahn</u> in Kraft getreten. Für Wagenladungen durch Änderung der Tarifelemente (Einengung der Güterklassenstaffel, Vereinheitlichung der Entfernungsdegression) beträchtliche Ermäßigungen, bei den Güterklassen A/B bis E je nach Entfernung und Wagenauslastung bis zu 27 %. Zuschläge für die 10- und 5-t-Nebenklassen dagegen entsprechend erhöht, hierdurch absolute Erhöhungen bei den Güterklassen F und G
33		<u>Fernsprech- und Fernschreibgebühren</u> neu festgesetzt. Die wichtigsten Erhöhungen: Grundgebühren für Fernsprechhauptanschlüsse um 50 %, Gebühreneinheit für Orts- und Selbstwählferngespräche von 16 auf 20 Pf, Telexgrundgebühr von 20 auf 30 DM erhöht. Im handvermittelten Fernsprechdienst einheitlicher Tarif für die Tages- und Nachtzeit; dadurch diese Gebühren überwiegend niedriger. Änderungen beim Nachttarif des Selbstwählferndienstes. (Inkrafttreten der Verordnungen vom 15. Juli 1964 zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften und zur Änderung der Verordnung über Gebühren für Nebentelegraphen und für den Fernschreibdienst)
34		<u>Postordnung</u> vom 16. Mai 1963 in Kraft getreten. Grundlage für zweckmäßige Rationalisierung. Für einen Teil der zahlreichen neuen Bestimmungen Übergangsfrist bis 31. Dezember 1965 vorgesehen, u.a. für die Vorschriften über Mindest- und Höchstmaße von Briefen und Karten. Keine Änderungen der Gebühren und der Zulassungsbestimmungen für Postsendungen nach dem Ausland
35		Im Verkehr mit den <u>Niederlanden Inlandsporto</u> für Briefe bis 20 g, Postkarten und Antwortkarten. (Inkrafttreten der Verordnung über die Einführung ermäßigter Postgebühren im Verkehr mit den Niederlanden vom 15. Juli 1964)
36	4. August	Im ordentlichen Plan des <u>ERP-Wirtschaftsplangesetzes 1964</u> vom 4. August 1964 für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern 500 Mill. DM bereitgestellt

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
37	noch 4. August	Wesentliche Verbesserungen der Leistungen im <u>Lastenausgleich</u> . Insbesondere Sätze der <u>Unterhaltshilfe</u> erhöht, und zwar rückwirkend ab 1. Juni 1963 für den Berechtigten von 155 DM auf 175 DM monatlich, Zuschlag für den Ehegatten von 85 DM auf 105 DM, für jedes Kind von 49 DM auf 60 DM; Zuschläge für ehemals selbstständige Erwerbstätige bei höheren Vermögensverlusten nunmehr bis zu 100 DM monatlich, bisher bis zu 65 DM. (17. Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Vom 4. August 1964. Inkrafttreten der Vorschriften zum größten Teil rückwirkend ab 1. Juni 1963, im übrigen mit Wirkung vom 1. Juni 1964)
38	6. August	<u>Jordanien</u> von Bundesrepublik Deutschland zusätzliche <u>Kapitalhilfe</u> in Höhe von 10 Mill. DM für den Bau einer Eisenbahnlinie Ma'an - Akaba zugesagt
39	10. August	Durch Entscheidung der EWG-Kommission vom 8. Juli 1964 Bundesrepublik Deutschland ermächtigt, die Einfuhr von <u>Rohkaffee</u> aus den <u>Beneluxländern</u> wegen des von diesen Ländern angewandten niedrigeren Außen-Zollsatzes (2 %) von der Gemeinschaftsbehandlung auszunehmen. Anstelle zollfreier Einfuhr aus den Beneluxländern nunmehr Anwendung des allgemeinen Außen-Zollsatzes, derzeit 9,6 % des Wertes, falls Ursprungsland des Rohkaffees nicht als ein mit der EWG assoziiertes Land oder Gebiet nachgewiesen. (Inkrafttreten der 84. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 - Angleichungszoll für Kaffee -. Vom 31. Juli 1964)
40	11. August	Gewährung von <u>Beihilfen</u> für Errichtung oder Erweiterung mit <u>Kohle</u> oder <u>Kohleerzeugnissen</u> betriebener <u>Heizwerke</u> aus Bundesmitteln unter gewissen Voraussetzungen (Mindestkapazität, Errichtung oder Erweiterung in der Zeit vom 1. Juli 1964 bis 31. Dezember 1969). (Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft vom 11. August 1964)
41	13. August	Vom Interministeriellen Ausschuß für Entwicklungspolitik beschlossen, <u>Mali Kapitalhilfe</u> in Höhe von 5 Mill. DM zum Bau von Bewässerungsanlagen zu gewähren
42		Von Vereinigter Arabischer Republik, Syrien, Jordanien, Irak und Kuwait Vertrag über stufenweise Verwirklichung eines <u>gemeinsamen Marktes</u> unterzeichnet. Freizügigkeit des Personen-, Kapital- und Güterverkehrs sowie Zollunion vorgesehen; ab 1965 Zollabbau von jährlich 10 % bis 20 %

3. Die sich auf die Bundeswirtschaft auswirkenden wichtigsten Ereignisse

im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
43	14. August	Von Bundesregierung 500 000 US-Dollar als Beitrag für die Kosten des Unterhalts der <u>UN-Friedensstreitmacht auf Zypern</u> für die zweite Dreimonats-Frist entrichtet; gleiche Summe bereits für das erste Vierteljahr zur Verfügung gestellt
44	19. August	Auf Grund des am 4. Dezember 1963 unterzeichneten Warenkreditabkommens zwischen Bundesrepublik Deutschland und <u>Südvietnam</u> nunmehr <u>Darlehensvertrag</u> zwischen Kreditanstalt für Wiederaufbau und Südvietnam über 15 Mill. DM unterzeichnet
45		Vom USA-Kongreß Gesetz über eine <u>Zinsausgleichsteuer</u> beim Ankauf ausländischer Wertpapiere verabschiedet. Rückwirkend ab 18. Juli 1963 Besteuerung des Ankaufes mit 2,75 % bis 15 % des Effektenwertes; bei Aktien Höchstsatz
46	21. August	Vom Stabilisierungsfonds für Wein mit Genehmigung der zuständigen Bundesministerien Richtlinien vom 21. August 1964 für Maßnahmen zur Marktstabilisierung erlassen. Weitere Bekanntmachungen vom 24. und 28. August 1964. Zinsverbilligung von Krediten, insbesondere Lombardkrediten, für <u>vorübergehende Lagerhaltung von Wein inländischer Erzeugung</u> . Gewährung von Förderungsbeträgen für zusätzlich gemietete Lagermöglichkeiten. Lagerung oder Übernahme sowie Verwertung von Wein mindestens durchschnittlicher Güte aus inländischer Erzeugung, soweit zur Entlastung des Marktes erforderlich
47	24. August	Begebung einer <u>Anleihe der Deutschen Bundespost 1964 II</u> . Ausgabe in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 15 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen ab 3. September 1964, am 8. September voll untergebracht
48	28. August	Für Genehmigung von Krediten bei <u>Exportgeschäften mit der UdSSR</u> und europäischen Ostblockstaaten, sofern vereinbarte Zahlungsfrist 5 Jahre nicht übersteigt, künftig oberste Landesbehörden für Wirtschaft allein zuständig; Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft nicht mehr erforderlich
49	1. September	September Ecklöhne im graphischen Gewerbe im Bundesgebiet um 7,8 % erhöht

3. Die sich auf die Bundesrepublik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
50	noch 1. September	<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Gesetzes über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West). Vom 29. Juli 1964.</p> <p>Geltungsdauer der beiden Gesetze, nunmehr zusammengefaßt unter der Überschrift "<u>Berlinhilfegesetz</u>", um weitere 5 Jahre verlängert.</p> <p>Einige zusätzliche Verbesserungen, darunter Ausdehnung der Abschreibungsvergünstigungen für Wohngebäude auf weniger als zu zwei Dritteln für Wohnzwecke benutzte Bauten</p>
51		<p><u>Reis-Marktordnung</u> in der EWG in Kraft getreten.</p> <p><u>Abschöpfungsregelung</u>; während der Übergangszeit auch innergemeinschaftliche Abschöpfungen bei Wahrung einer Präferenz für in Mitgliedstaaten geernteten Reis.</p> <p>Bei der Einfuhr von geschältem Reis und von Bruchreis aus dritten Ländern Abschöpfungsbetrag gleich dem Unterschied zwischen Schwellenpreis und den jeweiligen von der Kommission wöchentlich festzusetzenden cif-Preisen.</p> <p>Hiervon abgeleitet niedrigere bzw. höhere Abschöpfung für Rohreis bzw. bearbeiteten (geschliffenen) Reis.</p> <p><u>Schwellenpreise</u>, jährlich am 1. September in Kraft tretend, festzusetzen</p> <p>a) in den Erzeugermitgliedstaaten durch diese selbst, und zwar nach Vorschrift der Verordnung Nr. 16/64/EWG,</p> <p>b) für die Mitgliedstaaten ohne eigene Erzeugung durch den Rat; ab 1. September 1964 gültiger Schwellenpreis für geschälten Reis 14,20 Rechnungseinheiten (= 45,80 DM) je 100 kg.</p> <p><u>Cif-Preise</u>, gültig ab 1. September 1964, von der Kommission erstmals durch Entscheidung vom 31. August 1964 festgesetzt, für geschälten Reis auf 11,37 Rechnungseinheiten (= 45,80 DM) je 100 kg.</p> <p>In der Bundesrepublik Deutschland nunmehr Einfuhrbelastung auch für bisher zollfrei eingeführten geschälten Reis, Bruchreis und Rohreis.</p> <p>(Inkrafttreten der Vorschriften der Verordnung Nr. 16/64/EWG des Rats vom 5. Februar 1964, der Verordnung Nr. 36/64/EWG des Rats vom 25. März 1964 über die Festsetzung der Grenzen der Richtpreise der Erzeugermitgliedstaaten für Reis sowie über die Festsetzung des Schwellenpreises der Mitgliedstaaten ohne eigene Erzeugung für Reis und Bruchreis).</p> <p>(Inkrafttreten der Fünften Verordnung zur Änderung des Abschöpfungstarifs - Reis -. Vom 21. August 1964).</p> <p>(Inkrafttreten der 87. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 - Reis -. Vom 26. August 1964)</p>

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
52	noch 1. September	<u>Zum Übergang auf die vollständige Anwendung der Abschöpfungsregelung bei Einfuhren von geschältem Reis und Bruchreis aus dritten Ländern Abschöpfungsbetrag bis zum 31. Oktober 1964 um einen Abschlag von 1,11 Rechnungseinheiten (= 4,44 DM) je 100 kg verringert.</u> (Entscheidung der Kommission vom 31. August 1964 zu Verordnung Nr. 105/64/EWG der Kommission vom 4. August 1964 über die vorübergehende Anwendung eines Abschlags auf die auf Einfuhren von geschältem Reis in die Nichterzeuger-Mitgliedstaaten anwendbare Abschöpfung)
53		<u>Zusatzbetrag für Einfuhren von Eiern aus dritten Ländern von 0,15 auf 0,075 Rechnungseinheiten (= 30 Pf) je kg gesenkt. (Inkrafttreten der Verordnung Nr. 116/64/EWG der Kommission vom 28. August 1964)</u>
54	9. September	Vom Presseamt der sowjetzonalen Regierung deren Beschluß bekanntgegeben, im Rentenalter stehenden Bürgern jährlich eine <u>Besuchsreise</u> zu Verwandten in der Bundesrepublik oder in Westberlin mit einer Aufenthaltsdauer bis zu vier Wochen zu genehmigen
55	15. September	<u>Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 200 Mill. DM zur Zeichnung aufgelegt. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 99 %, Laufzeit 15 Jahre. Erlös der überzeichneten Anleihe zur Gewährung von Krediten an die deutsche Wirtschaft sowie zur Finanzierung von Auslands-, insbesondere Exportgeschäften bestimmt</u>
56		<u>Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1964 III. Ausgabe in Höhe von 400 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 10 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen ab 1. Oktober 1964</u>
57		<u>Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Indien Vertrag über eine Finanzhilfe für das gegenwärtig laufende vierte Jahr des dritten indischen Fünfjahrplanes in Höhe von 380 Mill. DM unterzeichnet. Von diesem Betrag 270 Mill. DM als Kapitalhilfe, 110 Mill. DM für Garantien oder Bürgschaften für langfristige Lieferantenkredite bestimmt</u>
58	21. September	<u>Malta unabhängig als konstitutionelle Monarchie unter der britischen Krone. 19. Mitglied des Commonwealth</u>

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
59	24. September	Von Vertretern des Senats von Berlin (West) und der sowjetzonalen Regierung neues <u>Passierscheinabkommen</u> unterzeichnet. Durch dieses Abkommen den Bewohnern von Berlin (West) zu bestimmten Zeiten Besuche in Ostberlin ermöglicht
60	25. September	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und <u>Malawi</u> Abkommen über deutsche <u>Kapitalhilfe</u> in Gesamthöhe von 10 Mill. DM sowie Abkommen über technische Zusammenarbeit unterzeichnet
61	29. September	<u>Abschöpfungsbetrag</u> für <u>Einfuhren von Eiern</u> aus dritten Ländern für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1964 auf 79,8 Pf (bisher 77 Pf) je kg festgesetzt. (Verordnung Nr. 131/64/EWG der Kommission vom 29. September 1964)